



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

53. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 10. August 1999	Nummer 32
--------------	---	-----------

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2030	15. 7. 1999	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr	462
311	1. 7. 1999	Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Umweltstrafsachen und in Bußgeldverfahren wegen Umweltordnungswidrigkeiten gegen Erwachsene	462
7122	5. 7. 1999	Bekanntmachung des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Brandenburg zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen	464
7122	5. 7. 1999	Bekanntmachung des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Schleswig-Holstein zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen	464
7122	5. 7. 1999	Bekanntmachung des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Freistaates Thüringen zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen	464
7124	30. 6. 1999	Verordnung zur Aufhebung der Verordnung über die Errichtung von überbezirklichen Prüfungsausschüssen für die Abnahme der handwerklichen Meisterprüfung	464

Die neue CD-Rom „SGV-NRW“, Stand 1. Juli 1999, ist erhältlich.

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter sowie die Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung. Im Innenministerium ergibt sich der **Zugang** von der Homepage aus über das Befehlsfeld „Gesetze Erlasse“.

Von anderen Ressorts aus erfolgt der Zugang über „Externe Informationsangebote, Ressortübergreifende Informationen“ und unter Landesrecht „Gesetz- und Verordnungsblatt“.

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter sowie die Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) werden auch **im Internet angeboten**.

Der **Zugang** ergibt sich über die Homepage des Innenministeriums NRW (Adresse: <http://www.im.nrw.de>) und dort über das Befehlsfeld „Gesetze, Verordnungen, Erlasse“.

Die **Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen** des Landes NRW (SGV. NRW) ist auch auf **CD-ROM erhältlich**. Die CD-ROM gewährt auch das **Recht zur Nutzung des Internet-Angebotes** der Redaktion (GV. NRW., SGV. NRW., MBl. NRW.). Ein **Bestellformular** findet sich in dieser Nummer, ebenso im Internet-Angebot.

Zur Zeit befindet sich die Redaktion in einer Phase der Umstellung auf elektronische Arbeitsweise. Dies hat leider zur Folge, daß Ergänzungslieferungen zur SGV. NRW. nur verzögert erstellt werden können. Die Redaktion bemüht sich, die noch ausstehenden Nachlieferungen so schnell wie möglich zu erstellen.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

2030

**Erste Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über beamtenrechtliche Zuständigkeiten
im Geschäftsbereich
des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand,
Technologie und Verkehr**

Vom 15. Juli 1999

Auf Grund

1. des § 3 Abs. 3 und des § 180 Satz 2 des Landesbeamtengesetzes (LBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NRW. S. 234) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. April 1999 (GV. NRW. S. 148),
2. des § 126 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1985 (BGBl. I S. 462), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2026),
3. des § 3 Abs. 1 der Verordnung über die Ernennung, Entlassung und Zuruhesetzung der Beamten und Richter des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Juni 1978 (GV. NRW. S. 286), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. September 1997 (GV. NRW. S. 314),

wird für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Mai 1992 (GV. NRW. S. 248) wird wie folgt geändert:

1. Die Verordnung erhält die Bezeichnung:
„Verordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr“
2. § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Beamtenverhältnis

(1) Die Ausübung der Befugnis zur Ernennung, Entlassung und Versetzung in den Ruhestand wird übertragen

1. für die Beamtinnen und Beamten, denen ein Amt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 15 verliehen ist oder wird, für die entsprechenden Beamtinnen und Beamten ohne Amt, für die Beamtinnen und Beamten auf Widerruf des höheren Dienstes und für die Ehrenbeamtinnen und -beamten bei

den Bezirksregierungen,
dem Landesoberbergamt,
dem Geologischen Landesamt,
der Landeseichdirektion,
dem Materialprüfungsamt,
auf die jeweilige Behörde oder den Landesbetrieb,

2. für die Beamtinnen und Beamten, denen ein Amt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 15 verliehen ist oder wird, und für die entsprechenden Beamtinnen und Beamten ohne Amt bei

den Bergämtern
auf das Landesoberbergamt,
den Eichämtern
auf die Landeseichdirektion.“

3. In § 6 werden die Absätze 1 und 2 wie folgt gefasst:

„(1) Die Befugnis, im Vorverfahren zu Klagen aus dem Beamtenverhältnis über den Widerspruch zu entscheiden, wird übertragen auf

die Bezirksregierungen,
das Landesoberbergamt,

das Geologische Landesamt,
die Landeseichdirektion,
das Materialprüfungsamt,
das Landesamt für Besoldung und Versorgung,

soweit diese oder eine der ihnen nachgeordneten Behörden und Einrichtungen den mit dem Widerspruch angefochtenen Verwaltungsakt erlassen oder die Handlung vorgenommen haben, gegen die sich der Widerspruch richtet.

(2) Die Befugnis, das Land bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis sowie Verfahren nach §§ 80, 80 a oder 123 der Verwaltungsgerichtsordnung vor den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit zu vertreten, wird auf die in Absatz 1 genannten Behörden und Einrichtungen in dem dort genannten Umfang übertragen.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, 15. Juli 1999

Der Minister für Wirtschaft und Mittelstand,
Technologie und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Peer Steinbrück

– GV. NRW. 1999 S. 462.

311

**Verordnung
über die Zuständigkeit
der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen
in Umweltstrafsachen und in Bußgeldverfahren
wegen Umweltordnungswidrigkeiten
gegen Erwachsene**

Vom 1. Juli 1999

Auf Grund des § 58 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen über die örtliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in Strafsachen und in Urheberrechtsstreitsachen vom 11. Januar 1966 (GV. NRW. S. 6), geändert durch Verordnung vom 23. November 1971 (GV. NRW. S. 358), sowie auf Grund des § 46 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, § 58 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen über die örtliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in Strafsachen und in Urheberrechtsstreitsachen vom 11. Januar 1966 (GV. NRW. S. 6), geändert durch Verordnung vom 23. November 1971 (GV. NRW. S. 358), wird verordnet:

§ 1

Für die zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden Umweltstrafsachen sind die Amtsgerichte, die ihren Sitz am Ort des Landgerichts haben, für den Bezirk des Landgerichts zuständig. In den Landgerichtsbezirken Duisburg, Mönchengladbach und Essen sind die Amtsgerichte Duisburg, Mönchengladbach und Essen jeweils für den Bezirk des Landgerichts zuständig.

§ 2

In Bußgeldverfahren wegen Umweltordnungswidrigkeiten obliegt die Entscheidung bei Einsprüchen gegen Bußgeldbescheide den nach § 1 für Umweltstrafsachen zuständigen Amtsgerichten.

§ 3

(1) Umweltstrafsachen im Sinne des § 1 sind Verfahren, die Straftaten nach § 307 Abs. 2, 4, § 309 Abs. 1, 6, § 310 Abs. 1 Nr. 1, §§ 311, 312, 324 bis 330a des Strafgesetzbuches,

- § 38 des Bundesjagdgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Januar 1998 (BGBl. I S. 164),
- § 30a des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994),
- §§ 27, 27a des Chemikaliengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1703), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Mai 1998 (BGBl. I S. 950),
- § 8 der Chemikalienverbotsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1996 (BGBl. I S. 1151), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3956),
- §§ 47, 50, 51 der Gefahrstoffverordnung vom 26. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1782), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3956),
- § 39 des Gentechnikgesetzes vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. September 1997 (BGBl. I S. 2390),
- § 18 des Landes-Immissionsschutzgesetzes NW vom 18. März 1975 (GV. NRW. S. 232), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 1993 (GV. NRW. S. 987),
- § 39 des Pflanzenschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1998 (BGBl. I S. 971),
- § 13 des Strahlenschutzvorsorgegesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416),
- § 37 des Umweltschutzprotokoll-Ausführungsgesetzes vom 22. September 1994 (BGBl. I S. 2593), geändert durch Verordnung vom 21. September 1997 (BGBl. I S. 2390)

– in der jeweils geltenden Fassung –

ausschließlich oder im Schwerpunkt zum Gegenstand haben.

(2) Bußgeldverfahren im Sinne des § 2 sind Verfahren, die Ordnungswidrigkeiten nach

- § 14 des Abfallverbringungsgesetzes vom 30. September 1994 (BGBl. I S. 2771), geändert durch Gesetz vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2455),
- § 13 des Abgrabungsgesetzes NW vom 23. November 1979 (GV. NRW. S. 922), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 1994 (GV. NRW. S. 418),
- § 15 des Abwasserabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 1994 (BGBl. I S. 3370), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2455),
- § 63 der Allgemeinen Hafenverordnung NW vom 9. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 662), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. April 1988 (GV. NRW. S. 185),
- § 46 des Atomgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. April 1998 (BGBl. I S. 694),
- § 7 des Benzinbleigesetzes vom 5. August 1971 (BGBl. I S. 1234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416),

§ 62

des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3178),

§ 39

des Bundesjagdgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Januar 1998 (BGBl. I S. 164),

§ 30

des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994),

§ 26

des Chemikaliengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1703), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Mai 1998 (BGBl. I S. 950),

§ 7

der Chemikalienverbotsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1996 (BGBl. I S. 1151), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3956),

§ 10

des Düngemittelgesetzes vom 15. November 1977 (BGBl. I S. 2134), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705),

§ 10

des Gefahrgutbeförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1998 (BGBl. I S. 3114),

§ 61

des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2455),

§ 44

des Landesabfallgesetzes vom 21. Juni 1988 (GV. NRW. S. 250), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. November 1998 (GV. NRW. S. 666),

§ 55

des Landesfischereigesetzes NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juni 1994 (GV. NRW. S. 516),

§ 70

des Landesforstgesetzes NW vom 24. April 1980 (GV. NRW. S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. November 1998 (GV. NRW. S. 666),

§ 17

Abs. 1 a, h, i, k, l des Landes-Immissionsschutzgesetzes NW vom 18. März 1975 (GV. NRW. S. 232) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 1993 (GV. NRW. S. 987),

§ 55

des Landesjagdgesetzes NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1994 (GV. NRW. 1995 S. 2),

§ 161

des Landeswassergesetzes NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926),

§ 70

des Landschaftsgesetzes NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. August 1994 (GV. NRW. S. 710), geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1995 (GV. NRW. S. 382),

§ 7

der Pflanzen-Abfall-Verordnung NW vom 6. September 1978 (GV. NRW. S. 530), geändert durch Verordnung vom 6. November 1984 (GV. NRW. S. 670),

§ 40

des Pflanzenschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1998 (BGBl. I S. 971),

§ 16

der Smog-Verordnung NW vom 29. Oktober 1974 (GV. NRW. S. 1432), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. August 1994 (GV. NRW. S. 704),

§ 14

des Strahlenschutzvorsorgegesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416),

§ 19

des Tierkörperbeseitigungsgesetzes vom 2. September 1975 (BGBl. I S. 2313),

- § 36 des Umweltschutzprotokoll-Ausführungs-
gesetzes 416416416 vom 22. September 1994
(BGBl. I S. 2593), geändert durch Verordnung
vom 21. September 1997 (BGBl. I S. 2390),
- § 27 der Verordnung über brennbare Flüssigkei-
ten in der Fassung der Bekanntmachung vom
13. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1937),
- § 11 des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes in
der Fassung der Bekanntmachung vom 5.
März 1987 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert
durch Gesetz vom 27. Juni 1994 (BGBl. I
S. 1440),
- § 41 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung
der Bekanntmachung vom 12. November 1996
(BGBl. I S. 1695), zuletzt geändert durch
Gesetz vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2455),
- § 29 des Wassersicherstellungsgesetzes vom 24.
August 1965 (BGBl. I S. 1225), zuletzt geän-
dert durch Gesetz vom 14. September 1994
(BGBl. I S. 2325)

– in der jeweils geltenden Fassung –
ausschließlich oder im Schwerpunkt zum Gegenstand
haben.

§ 4

Für Verfahren nach § 3, die zum Zeitpunkt des
Inkrafttretens dieser Verordnung bei einem Amtsgericht
anhängig sind, verbleibt es bei der bisherigen Zuständig-
keit.

§ 5

Die Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsge-
richte des Landes Nordrhein-Westfalen in Umweltstra-
fensachen und in Bußgeldverfahren wegen Umweltord-
nungswidrigkeiten gegen Erwachsene vom 12. September
1998 (GV. NRW. S. 375) wird aufgehoben.

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in
Kraft.

Düsseldorf, den 1. Juli 1999

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Jochen Dieckmann

– GV. NRW. 1999 S. 462.

7122

**Bekanntmachung
des Inkrafttretens des Staatsvertrages
zwischen dem Land Brandenburg
und dem Land Nordrhein-Westfalen
über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer
und der vereidigten Buchprüfer
des Landes Brandenburg
zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer
und der vereidigten Buchprüfer
im Lande Nordrhein-Westfalen**

Vom 5. Juli 1999

Nachdem die von dem Land Brandenburg und dem
Land Nordrhein-Westfalen ausgefertigten Ratifikations-
urkunden am 8./27. April 1999 ausgetauscht wurden, ist
der Staatsvertrag gemäß Artikel 8 Absatz 1 am 1. Mai 1999
in Kraft getreten.

Düsseldorf, den 5. Juli 1999

Der Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen
Wolfgang Clement

– GV. NRW. 1999 S. 464.

7122

**Bekanntmachung
des Inkrafttretens des Staatsvertrages
zwischen dem Land Schleswig-Holstein
und dem Land Nordrhein-Westfalen
über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer
und der vereidigten Buchprüfer
des Landes Schleswig-Holstein
zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer
und der vereidigten Buchprüfer
im Lande Nordrhein-Westfalen**

Vom 5. Juli 1999

Nachdem die von dem Land Schleswig-Holstein und
dem Land Nordrhein-Westfalen ausgefertigten Ratifika-
tionsurkunden am 18. Januar/16. April 1999 ausgetauscht
wurden, ist der Staatsvertrag gemäß Artikel 8 Absatz 1
am 1. Mai 1999 in Kraft getreten.

Düsseldorf, den 5. Juli 1999

Der Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen
Wolfgang Clement

– GV. NRW. 1999 S. 464.

7122

**Bekanntmachung
des Inkrafttretens des Staatsvertrages
zwischen dem Freistaat Thüringen
und dem Land Nordrhein-Westfalen
über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer
und der vereidigten Buchprüfer
des Freistaates Thüringen
zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer
und der vereidigten Buchprüfer
im Lande Nordrhein-Westfalen**

Vom 5. Juli 1999

Nachdem die vom Freistaat Thüringen und dem Land
Nordrhein-Westfalen ausgefertigten Ratifikationsurkun-
den am 22. März/19. April 1999 ausgetauscht wurden, ist
der Staatsvertrag gemäß Artikel 8 Absatz 1 am 1. Mai 1999
in Kraft getreten.

Düsseldorf, den 5. Juli 1999

Der Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen
Wolfgang Clement

– GV. NRW. 1999 S. 464.

7124

**Verordnung
zur Aufhebung der Verordnung
über die Errichtung
von überbezirklichen Prüfungsausschüssen
für die Abnahme
der handwerklichen Meisterprüfung**

Vom 30. Juni 1999

Die Verordnung zur Neufassung der Verordnung über
die Errichtung von überbezirklichen Prüfungsausschüs-
sen für die Abnahme der handwerklichen Meisterprüfung
vom 30. August 1996 (GV. NRW. S. 382) wird aufgehoben.

Düsseldorf, den 30. Juni 1999

Der Minister für Wirtschaft
und Mittelstand, Technologie und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Peer Steinbrück

– GV. NRW. 1999 S. 464.

CD-ROM-Bestellung

Hiermit bestelle ich beim A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf, die Sammlung des bereinigten Gesetz- u. Verordnungsblattes für das Land NRW auf **CD-ROM**.

☐ **Einzelbestellung (Einplatzversion)**

- mit Internet-Guthaben von DM 100,–
- ohne Internet-Guthaben

DM 198,–
DM 109,–

☐ **Abonnement Einplatzversion – 2 CDs pro Jahr**

- mit Internet-Guthaben von DM 200,–
- ohne Internet-Guthaben

DM 300,–
DM 150,–

☐ **Abonnement Mehrplatzversion mit Lizenzen**

Achtung: Zu den genannten Preisen kommen noch Porto und Versandkosten.

Telefonische bzw. FAX-Bestellungen können leider nicht akzeptiert werden. Mehrplatzversionen erfordern besondere Lizenzen, Preisanfragen bitte an den A. Bagel Verlag. Abonnements können jeweils bis spätestens 31. 10. zum Jahresende beim A. Bagel Verlag gekündigt werden.

Bestellerangaben:

Name/Firma:

Straße:

PLZ: **Ort:**

Bestellzeichen: **Kundennummer:**
(falls vorhanden)

.....
Datum Unterschrift

Bei Rückfragen: Tel.: (02 11) 96 82-238
(02 11) 96 82-241

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige/n ich/wir Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtende/n Zahlung/en bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Kontos

Nummer

BLZ

Kreditinstitut
einzuziehen.

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

.....
Datum Unterschrift

Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00-12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
 Bezugspreis halbjährlich 57,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 114,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages - in welcher Form auch immer - bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
 Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
 Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359